

SMART CITY |

Die Belange der Bürgerinnen und Bürger müssen in den Mittelpunkt

Die Digitalisierung stellt Städte und Kommunen vor besondere Herausforderungen. Gleichzeitig kann sie aber auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger erheblich verbessern. Ein wesentlicher Grundpfeiler einer am Gemeinwohl orientierten Digitalisierung ist die Demokratisierung digitaler Technologien sowie die Etablierung digitaler Gemeingüter in urbanen und ländlichen Lebensräumen. Nicht das technisch Machbare, sondern die sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme der Städte und Kommunen und die Belange der Bürgerinnen und Bürger müssen im Mittelpunkt einer sozialen Smart City stehen.

• Von **Frederik Moser**

Technologien verändern die Raumwahrnehmung und Raumnutzung unserer Lebensräume. Sie wirken sich auf den Alltag, soziale Beziehungen und die Lebensqualität der Menschen aus. Das Besondere an der Digitalisierung ist, dass sie technologische Innovationen in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit erzeugt. Für Städte und Kommunen kann das sehr kurzfristige und dynamische Veränderungs- und Anpassungsprozesse nach sich ziehen, die (neben dem sozialen Beziehungsgeflecht) nicht nur die materielle Basis einer Stadt mit ihren grundlegenden Infrastrukturen betreffen. Die Digitalisierung verschiebt die Raumproduktion zugleich in einen übergeordneten Informationsraum, der durch unterschiedlichste Interessenlagen geprägt ist. Was in der analogen Welt die Bau- und Immobilienunternehmen sind, sind in der digitalen Sphäre IT- und Technologiekonzerne als neu auftretende Akteure in der Stadtgestaltung,



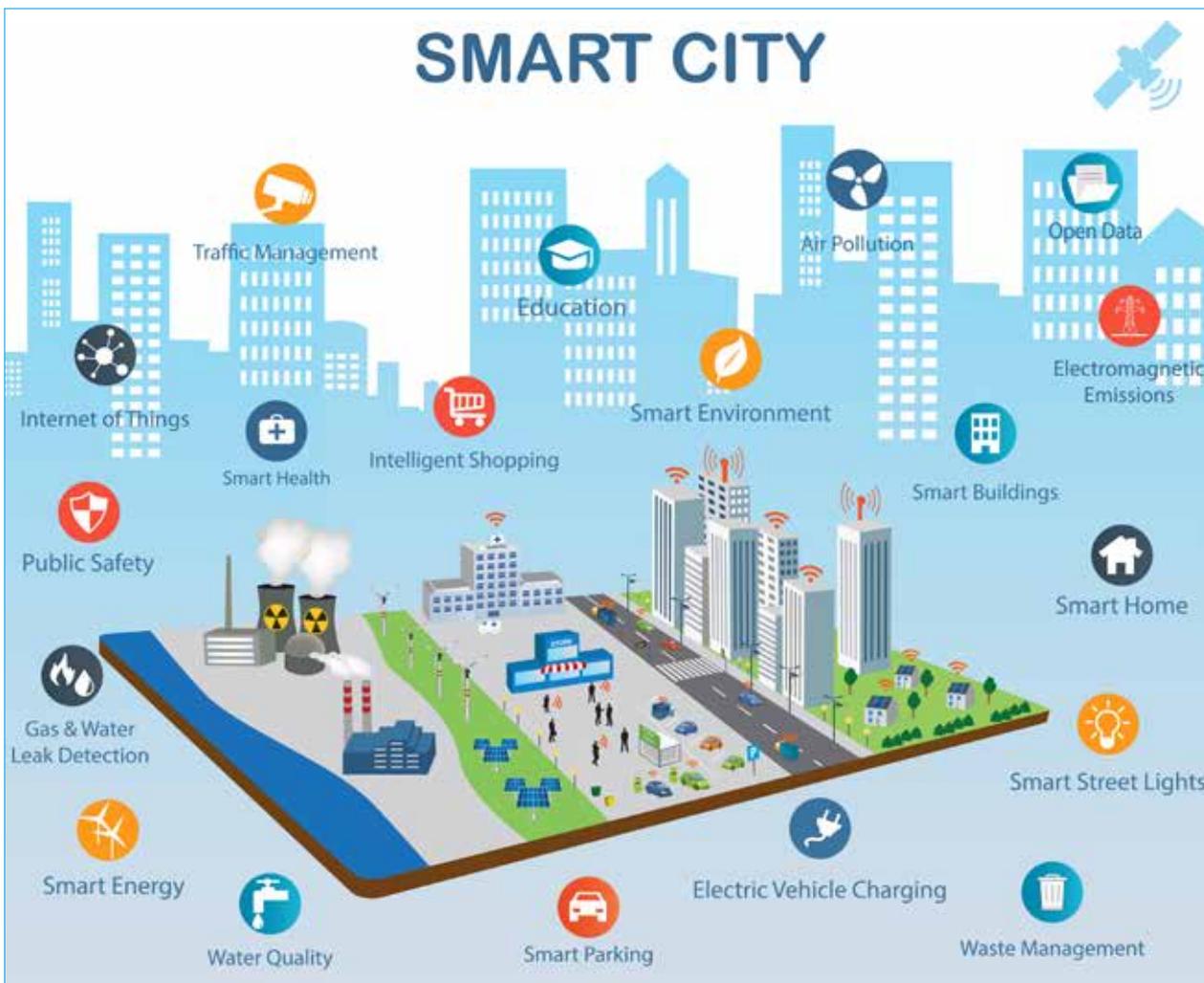
Foto: Adobe Stock/Gerhard Seybert

Smart City kann sich in den Bereichen Mobilität, Umwelt, Verwaltung, Wirtschaft und Wohnen niederschlagen. Dadurch können viele Dinge des täglichen Lebens erleichtert werden.

die ähnlich wie ihre analogen Pendanten nach neuen Profitfeldern suchen.

Mit dem Begriff der Smart City werden die Auswirkungen von Digitalisierung und technologischen Innovationen auf urbane Lebens- und Informationsräume zum Ausdruck gebracht. Im engeren Sinne wird darunter die urbane Nutzbarmachung digitaler Technologien sowie die Digitalisierung städtischer Infrastrukturen und Funktionen, die allesamt miteinander vernetzt sein sollen, verstanden. In einem breiteren Verständnis wird der Begriff auch für nicht-technische Innovationen verwendet, die eine Verbesserung der Lebensqualität in Städten zum Ziel haben. Die Smart City kann sich in unterschiedlichen Bereichen wie Mobilität, Umwelt, Verwaltung, Wirtschaft und Wohnen niederschlagen. Im Bereich Mobilität kann die Digitalisierung beispielsweise die Vernetzung verschiedener Mobilitätsangebote vorantreiben sowie neue

on-demand-services oder intelligente Parkleitsysteme bereitstellen. Für Verwaltungen kann die Digitalisierung einen niedrigschwelligen Zugang zu Bürgerdiensten eröffnen oder mit Hilfe von Sensoren das Management der öffentlichen Daseinsvorsorge unterstützen (wie Sensoren, die die Füllstände von Müllcontainern zur bedarfsgerechten Entleerung überwachen oder Sensoren für intelligente Straßenbeleuchtungssysteme). Jenseits urbaner Zentren haben sich auch die Begriffe „Smart Village“, „Smart Country“ oder „Smart Region“ etabliert, um den Fokus der Digitalisierung auf andere Regionen oder Gebiete zu lenken. Gerade für den ländlich geprägten Raum werden in digitalen Technologien große Potenziale gesehen, um regionale Disparitäten auszugleichen oder neue Perspektiven für junge Familien aber auch für ältere Generationen zu eröffnen! Facharzttermine per Videokonferenz, mobility-as-a-service, mobiles Arbeiten und



Viele Bereiche des täglichen Lebens können miteinander vernetzt werden. Am Ende muss es aber darum gehen, dass die Betroffenen, nämlich die Bürgerinnen und Bürger, bei der Planung und Umsetzung mitreden können.

Studieren von zu Hause aus, regionale Online-Plattformen lokaler Händler zur Unterstützung der Nahversorgung oder digitale Bürger- und Unternehmensservices statt weiter Wege zu Behörden versprechen ländlichen Regionen wieder zu mehr Attraktivität. Digitale Technologien können sehr unterschiedlich, teils auch widersprüchlich auf das Stadtbild und die Bürgerinnen und Bürger wirken. Es kommt vor allem darauf an, unter welchen Zielsetzungen diese eingesetzt werden. So kann die Smart City für die einen eine Utopie von hoher Lebensqualität bedeuten und für die anderen eine Dystopie der fremdgesteuerten Überwachung und Kontrolle oder gar die Reproduktion und Verstärkung schädlicher Lebensweisen. Am Beispiel Mobilität wird dies deutlich: Obwohl in vielen Städten ein Trend zu erkennen ist, das Auto aus der Innenstadt zurückzudrängen, können intelligente Parkleitsysteme genau das Gegenteil bewirken. Wenn per App in Echtzeit freie Parkplätze angezeigt und von zu Hause aus reservierbar gemacht werden, wird die Innenstadt für Fahrerinnen und Fahrer großer SUVs wieder attraktiver. Demgegen-

über kann die Digitalisierung aber auch dafür genutzt werden, alternative Mobilitätskonzepte mit dem ÖPNV integrativ miteinander zu verknüpfen. So könnte eine intelligente App, die Zugriff auf die unterschiedlichen Mobilitätsdaten hat, eine schnellste und optimale Route berechnen, um von A nach B zu kommen (fiktives Beispiel): Für die erste Teilstrecke wird ein Platz im bald vorbeifahrenden öffentlichen Bus gebucht, für die Teilstrecke 2 wird der in der Nähe der Ausstiegshaltestelle befindliche e-scooter reserviert und für die letzte Teilstrecke wird auf ein car-sharing-Angebot zurückgegriffen. Was vorher separat zu koordinieren und zu buchen war, könnte mit einem Klick erledigt werden und den ÖPNV sowie alternative Mobilitätskonzepte gegenüber dem Individualverkehr attraktiver machen. Welche Formen digitale Technologien in den urbanen und ländlichen Räumen annehmen und was das für Bürgerinnen und Bürger sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer letztendlich bedeutet, ist das Ergebnis politischer Entscheidungen sowie gesellschaftlicher und individueller Aus-

handlungsprozesse.² Eine aktuelle Debatte um die Dynamiken der Digitalisierung ist daher dringend notwendig.

Zwischen Utopie und Dystopie: Demokratisierung von Smart Cities ist notwendig!

Die Digitalisierung trifft mit einem veränderten Verständnis städtischer Politik zusammen. Kennzeichnend ist der Trend Markt- und Wettbewerbsmechanismen auf die interne Steuerung städtischer Prozesse zu übertragen. Die Stadt wird dabei in Analogie zu Unternehmen durch die Implementierung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle, durch die künstliche Schaffung von Wettbewerbsverhältnissen sowie durch Public-Private-Partnerships und Privatisierungen gemäß einer Markt- und Wettbewerbslogik umstrukturiert.³ Städte oder Regionen stehen zunehmend – ähnlich wie Unternehmen – in einem permanenten Konkurrenzkampf zueinander. Die Digitalisierung kann dabei wie ein Katalysator wirken. Nicht nur die großen Ballungszentren, sondern auch immer mehr kleine und mittlere

Städte entwickeln eigene Smart-City-Strategien, um die Digitalisierung in ihre Entwicklungskonzepte einzubetten. Wie „smart“ eine Stadt ist, wird zunehmend zu einem wichtigen Standortfaktor für Fachkräfte oder Unternehmen und digitale Innovationen beziehungsweise technischer Fortschritt zu einem wesentlichen Aushängeschild des Stadtmarketings. In der politischen Diskussion werden Smart Cities mittlerweile mit hoher Relevanz behandelt. Die Bundesregierung will ausgewählte Kommunen und Regionen in den nächsten Jahren im Rahmen der Modellprojekte Smart Cities mit insgesamt 820 Millionen Euro unterstützen. Im Saarland erhält der Landkreis St. Wendel beispielsweise in den nächsten Jahren etwa 15 Millionen Euro an Fördergeldern.⁴

Ein neuer Markt mit großen Wachstumspotenzialen entsteht

Rund um Smart Cities entsteht ein neuer Markt, der große Wachstumspotenziale verspricht. Daher überrascht es nicht, dass dieses Feld auch von Akteuren aus dem IT-Sektor wie Google oder Microsoft bearbeitet wird, die in diesem Marktsegment bisher eher Unbekannte waren.⁵ Vermehrt greifen Städte auf Ressourcen wie Cloudtechnologien von großen IT- und Technologieunternehmen zurück und gehen Kooperationen ein, um städtische Aufgaben zu unterstützen. Studien gehen davon aus, dass das ökonomische Potenzial rund um Smart Cities weltweit bis 2025 auf zwei Billionen US-Dollar anwachsen wird.⁶ Allein für Deutschland wird im nächsten Jahr ein Marktvolumen von rund 48 Milliarden Euro prognostiziert, welches bis 2026 auf 85 Milliarden Euro anwachsen soll.⁷ Durch das starke Vorpreschen von IT- und Technologieunternehmen in den öffentlichen Sektor ist auch die öffentliche Wahrnehmung oder Vorstellung einer Smart City stark von unternehmerischen Interessen und Visionen geprägt, die vor allem das Optimierungskalkül in den Vordergrund stellen: schnellere Informationsflüsse, effektivere Verwaltungen, sensor- oder datengetriebene Daseinsvorsorge oder Algorithmen, die mit Hilfe von Kriminalitätsprognosen die Planung und Steuerung von Polizeieinsätzen übernehmen. Das Leben in der normierten Idealstadt soll immer schneller, effizienter und möglichst ohne Reibungspunkte verlaufen. Aus Sicht vieler der großen IT-Konzerne steuere eine moderne Stadt



sich selbst und passe sich mit Hilfe digitaler Lenkungssysteme und Rückkopplungsschleifen automatisiert an sich veränderte Bedingungen an, ähnlich wie ein Organismus – soziale oder kulturelle Faktoren werden dabei aber oft ausgeklammert.⁸ Durch-

Studien gehen davon aus, dass das ökonomische Potenzial rund um Smart Cities weltweit bis 2025 auf zwei Billionen US-Dollar anwachsen wird. Allein für Deutschland wird im nächsten Jahr ein Marktvolumen von rund 48 Milliarden Euro prognostiziert.

aus können damit auch Komfortgewinne für Bürgerinnen und Bürger einhergehen. Beispielsweise könnten intelligente Algorithmen anhand von Sensor- und Umweltdaten das Pendleraufkommen an großen Verkehrsknotenpunkten prognostizieren und die Kapazitäten des ÖPNV dynamisch daraufhin anpassen – technisch machbar wäre vieles, Datenschutz vorausgesetzt! Allerdings muss – um bei diesem Beispiel zu bleiben – weitergedacht werden und es müssen auch die Belange der Beschäftigten des ÖPNV einbezogen werden. Wenn sich beispielsweise die Taktfrequenz erhöht oder die Vorlaufzeit der Taktfrequenzanpassung zu gering ist, kann sich die Belastungssituation für sie deutlich verschlechtern. In einer sozialen Smart City müssen daher Lösungen und Modelle gefunden werden, die mit „Guter Arbeit“ vereinbar sind. Statt Beschäftigte den Entscheidungen algorithmischer Systeme auszuliefern, muss die moderne Smart City Mitsprache- und Mitgestaltungspro-



Nicht das technisch Machbare der Digitalisierung, sondern die unmittelbaren Belange der Bürgerinnen und Bürger müssen in den Mittelpunkt gestellt werden.

zesse ihrer Angestellten konstituieren, um gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

In der kritischen Auseinandersetzung gehört zu jeder Utopie aber auch eine Dystopie. Denn zu Ende gedacht würden viele dieser technologiezentrierten, selbststeuernden Smart-City-Visionen in ein technokratisches und letztendlich autoritäres Steuerungsmodell münden, in dem demokratische Aushandlungsprozesse immer weniger eine Rolle spielen, da Daten und Algorithmen die Demokratie als gesellschaftliches Feedbacksystem unterhöheln könnten. Solch dystopische Entwicklungspfade wurden zugespitzt in der Smart-City-Charta, die vom deutschen Bundesumweltministerium und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung entwickelt wurde, ausbuchstabiert: „Künstliche Intelligenz ersetzt Wahl: Wir müssen uns nie entscheiden, einen bestimmten Bus oder Zug zu nehmen, sondern bekommen den schnellsten Weg von A nach B. (...) Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten, gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen. Verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedbacksystem ersetzen.“⁹ Auch wenn urbane Technologien auf individueller Ebene erhebliche Komfortgewinne für die Bürgerinnen und Bürger versprechen,

müssen die Risiken solch depolitisierender Effekte für die Gesellschaft als Ganzes mehr in den Fokus bei der Diskussion rund um Smart Cities. Das Tückische daran ist allerdings, dass solche Effekte sehr schleichend und eher unbewusst eintreten, da digitale Technologien stets das Gefühl vermitteln können, immer das zu bekommen was gerade benötigt oder gebraucht wird.

Um nicht nur gewinnorientierten Unternehmen das Feld in der Gestaltung von Smart Cities zu überlassen, braucht es einen politischen Paradigmenwechsel sowie starke Gegenvisionen, die in einem bottom-up-Ansatz von den Bürgerinnen und Bürgern selbst ausgehen müssen. Nicht das technisch Machbare der Digitalisierung, sondern die sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme der Städte und die Belange der Bürgerinnen und Bürger müssen in den Mittelpunkt. Kritik kommt vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die durch das Sammeln und Auswerten jedweder Daten die Privatsphäre, Autonomie und Freiheit der Bürgerinnen Bürger bedroht sehen. 2018 erhielt das Konzept der Smart City sogar den Big Brother Award des gemeinnützigen Vereins digitalcourage, ein internationaler Schmähprijs der als „Oscar für Datenkraken“ bezeichnet wird.¹⁰ Aber auch Gewerkschaften üben sich in Kritik. Der DGB fordert

beispielsweise eine soziale Smart City, die „Gute Arbeit“, eine gerechte Verteilung von Chancen sowie die Stärkung lokaler Wertschöpfung in den Mittelpunkt stellen, um die Digitalisierung für sozialen Fortschritt zu nutzen: „Oft stehen zurzeit aber technische Aspekte und die Interessen globaler Unternehmen im Vordergrund. Die öffentliche Hand darf hier ihre Gestaltungsaufgabe nicht aufgeben. Sie muss unter anderem die Funktion der Algorithmen festlegen und so dafür sorgen, dass öffentliche Räume nicht weiter kommerzialisiert werden, sondern für das gesellschaftliche Leben zurückgewonnen werden. Erforderlich sind Leitplanken für den Schutz von Daten und Privatsphäre, von lokaler Wirtschaft, Arbeitsrechten und Klima.“¹¹

Kritik kommt vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die durch das Sammeln und Auswerten jedweder Daten die Privatsphäre, Autonomie und Freiheit der Bürgerinnen Bürger bedroht sehen.

Anforderungen an die Gestaltung von Smart Cities

Aus den unterschiedlichen Kritiksträngen lassen sich einige zentrale Gestaltungsanforderungen für Smart Cities (oder Smart Villages, Smart Countries, Smart Regions) ableiten.

Soziale Aspekte: Smart-City-Technologien müssen mit dem Ziel einer sozial ausgewogenen Lebensqualität als normative Referenz eingesetzt werden. Die Dynamiken der Digitalisierung dürfen nicht dazu führen, dass soziale Segregation verschärft oder soziale Ungleichheit verstärkt werden. Der urbane Einsatz digitaler Technologien sollte durch eine Technikfolgenabschätzung begleitet werden, um anhand verschiedener Dimensionen wie Bildung, Einkommen oder räumliche Diskrepanzen mögliche digitale Ungleichheiten in der Nutzung von Technologien sowie deren Auswirkungen auf das soziale Zusammenleben vorab zu eruieren.

Teilhabe und inklusive Prozesse: Eine Smart City muss mit Bürgerinnen und Bürgern, Arbeitnehmenden, zivilge-

sellschaftlichen Akteuren und insbesondere marginalisierten Gruppen zusammen und auf Augenhöhe gestaltet werden. Eine Entwicklung im Verbund von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, wie es oft der Fall ist, reicht nicht aus, um den lokalen Besonderheiten und den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Zur Stärkung der demokratischen Partizipation bieten sich beispielsweise barrierefreie Bürgerbeteiligungsplattformen und Ideenwettbewerbe oder Hackatons an.

„Gute Arbeit“: Die Etablierung smarter öffentlicher Dienstleistungen auf Grundlage digitaler Technologien kann weitreichende Folgen für die Arbeitssituation und die Arbeitsbedingungen vieler Beschäftigten haben. Das Ziel einer Smart City muss deshalb die Förderung „Guter Arbeit“ im Kontext der Digitalisierung sein. Prekarisierung muss verhindert, Selbstbestimmung, Mitbestimmung und arbeits- sowie sozialrechtliche Standards müssen gestärkt werden. Im Jahresbericht 2020 der Arbeitskammer wurde ausführlich aufgezeigt, wie die Digitalisierung in

Einklang mit Guter Arbeit gebracht werden kann.¹³

Technologische Souveränität: Damit die Gestaltungsautonomie des öffentlichen Sektors gewahrt bleibt, muss die schleichende Übernahme städtischer Infrastrukturen durch private Konzerne verhindert werden. Wenn neue Technologien in Kooperation mit Unternehmen implementiert werden, müssen Lösungen und Modelle gefunden werden, die gewährleisten, dass städtische Infrastrukturen in öffentlicher Hand und damit kontrollierbar bleiben.¹⁴ Die Entwicklung neuer Technologien und deren Einsatz im öffentlichen Bereich sollte sich an den Prinzipien von Open Source orientieren. Bei der Entwicklung von Software und Apps bedeutet dies, dass der Quellcode öffentlich einsehbar, beliebig modifizierbar, erweiterbar und übertragbar sein muss. Durch sogenannte „Freie Software“ entsteht nicht nur Offenheit, Transparenz sowie mehr Sicherheit, sondern es werden auch neue Kollaborationen und Innovationen auf lokaler Ebene gefördert sowie die Abhängigkeit von privaten Geschäftsmodellen, die oftmals hohe



Foto: Adobe Stock/TIMDAVIDCOLLECTION

Im Landkreis St. Wendel, einer ländlich geprägten Region, tut sich einiges in Sachen „Smart City“. Das Projekt „Smart Village“ in Remmesweiler sorgt dafür, dass die regionale Versorgung mit Lebensmitteln funktioniert.

Lizenzkosten zur Folge haben, verringert (sog. Lockin-Effekt).¹⁵

Daten und Verantwortung: Eine Smart City muss die Wahrung der informationellen Selbstbestimmung sicherstellen. Personenbezogene Daten dürfen so wenig wie möglich anfallen (privacy by design). Bürgerinnen und Bürger müssen kontrollieren können, ob und wie ihre Daten genutzt werden. Vom öffentlichen Raum erhobene sowie in den Verwaltungen gesammelte nicht personenbezogene Daten (z. B. Verkehrs- oder Umweltdaten) sollten nach dem Open-Data-Prinzip der Öffentlichkeit in maschinenlesbarer Form zugänglich gemacht werden.¹⁶ Open Data (Offene Daten) macht staatliches und behördliches Handeln nachvollziehbar, schafft Transparenz und spielt eine wichtige Rolle für Teilhabe und demokratische Partizipation.¹⁷ Für lokale zivilgesellschaftliche sowie wirtschaftliche Akteure können offene Daten zudem eine wichtige Quelle sozialen bzw. ökonomischen Mehrwertes sein.

Transparente und diskriminierungsfreie Algorithmen: Transparenz, Erklärbarkeit und Nachvollziehbarkeit sind Grundvoraussetzungen, damit algorithmische Systeme kontrolliert und mitgestaltet werden können. Algorithmen dürfen nicht zu einer Black-Box werden, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger bestimmen. Wenn teil- oder vollautomatisierte Entscheidungen direkte Folgen für Menschen haben (so im Bereich des e-Governments bei automatisierten Fallbearbeitungen durch Verwaltungen) muss vor allem auch die Diskriminierungsfreiheit von algorithmischen Systemen gewährleistet sein. Kommunen sollten von Anfang an ein algorithmisches Transparenzregister anlegen, welches für die Öffentlich-

keit zugänglich ist und aufzeigt, wo welche Algorithmen zum Einsatz kommen. Im öffentlichen Bereich eingesetzte Algorithmen sollten in Anlehnung an die von der Datenethikkommission vorgeschlagene Kritikalitätspyramide nach deren möglichen Schädigungspotenzialen für die Öffentlichkeit untersucht und bewertet werden.¹⁸

Alternative Geschäftsmodelle: Viele Bürgerinnen und Bürger profitieren mittlerweile von Dienstleistungen der digitalen Plattformökonomie, die zu einem festen Bestandteil der städtischen Infrastrukturen geworden sind (z. B. in den Bereichen Mobilität, Liefer- und Kurierdienste, Online-Handel oder Wohnraumvermietung). Zunehmend werden aber auch deren negative Effekte auf die Raumnutzung in vielen Städten sichtbar: Verödung der Innenstädte durch Onlineshopping, Verdrängung von Bewohnerinnen und Bewohnern aus innerstädtischen Quartieren durch private Zimmervermietung oder schlechte Arbeitsbedingungen von Liefer- und Kurierdiensten. Kommunen sollten im Zuge ihrer Smart-City-Strategien versuchen neue innovative Wege zu gehen und zum Beispiel stärker mit sogenannten Plattform-Kooperativen zusammenarbeiten, die sich an genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten Prinzipien orientieren oder gar dazu übergehen, kommunale Online-Plattformen als lokale Alternative selbst zu betreiben (wie lokale Onlineshopping-Plattformen um den Einzelhandel vor Ort zu stärken).

Perspektiven für das Saarland

Neben der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen auf Grundlage des saarländischen E-Governmentgesetzes oder des Onlinezugangsgesetzes finden sich im Saarland vereinzelt kommunale Projekte, die dem Bereich Smart City zugeordnet werden können. Saarbrücken treibt beispielsweise den Ausbau eines LoRaWAN-Netzes voran, mit dessen Hilfe Sensoren Informationen bereitstellen können (wie Füllstände von Abfall- und Altkleidercontainern oder lokale Luft- und Wassertemperatur und -qualität).¹⁹ Zudem betreibt die Stadt eine umfangreiche App, die einen Mängelreporter, eine digitale Baustellenauskunft und weitere Informationen und Services für Bürgerinnen und Bürger digital bereitstellt. Für Saarlouis haben die Stadtwerke eine Smart-City-Roadmap vorgelegt, die

Europa tut sich noch schwer damit, einen pragmatischen Umgang mit dem Thema Staatsschulden zu etablieren, der der Funktionsweise moderner Geldsysteme gerecht wird.

unter anderem ein digitales Parkleitsystem, intelligente Straßenbeleuchtungssysteme und den Aufbau einer Kunden- und Infrastrukturplattform vorsieht, um unterschiedliche Smart-City-Lösungen zusammenzuführen und zu integrieren.²⁰ Besonders hervorzuheben ist der Landkreis St. Wendel, der mit seinen acht Kommunen und der Bürgerschaft eine integrierte Smart-City-Strategie ausgearbeitet hat, um die besonderen Probleme des ländlichen Raums mit Hilfe der Digitalisierung anzugehen. Im Rahmen der Modellprojekte Smart Cities wird der Landkreis von der Bundesregierung in den kommenden sieben Jahren mit über 15 Millionen Euro unterstützt (der Eigenanteil beträgt knappe zwei Millionen Euro).²¹ Während in den ersten beiden Jahren die Entwicklung und Integration kommunaler Teilziele und konkreter Projektideen in die Gesamtstrategie im Vordergrund steht, wird in den darauffolgenden fünf Jahren die Umsetzung der Maßnahmen angestrebt. Der Strategieschwerpunkt liegt in der digitalen Nutzbarmachung der Ökosysteme Bürgerdienste, Nahversorgung, Mitgestaltung und Mobilität. Als zentraler Dreh- und Angelpunkt dient eine interkommunale Datenplattform, die über einen Datentreuhänder gesteuert und verwaltet wird. Positiv hervorzuheben ist, dass auf einen breiten Beteiligungsprozess gesetzt und ein besonderes Augenmerk auf die Inklusion aller Bevölkerungsgruppen gelegt werden soll. Zudem soll die Digitalisierung des Landkreises durch ein umfangreiches Bildungsangebot in die digitalen Fach-, Arbeits- und Alltagskompetenzen der Bürgerinnen und Bürger begleitet werden. Positive Erfahrungen konnte der Landkreis bereits durch das Projekt „Smart Village“ in Remmesweiler sammeln.²² Da es in Remmesweiler keine Einkaufsmöglichkeiten mehr gibt und damit auch ein wichtiger Ort des sozialen Austausches weggefal-

Vom öffentlichen Raum erhobene sowie in den Verwaltungen gesammelte Daten sollten nach dem Open-Data-Prinzip der Öffentlichkeit in maschinenlesbarer Form zugänglich gemacht werden. Open Data schafft Transparenz.

Nicht nur die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum wurde gestärkt, sondern die Anlieferstätten der Waren haben sich auch als analoge Kommunikationsorte und neue Treffpunkte etabliert. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden dabei von ehrenamtlichen Dorfcoaches im Umgang mit der Plattform und digitalen Endgeräten geschult.

len ist, wurde ein Projekt zur Nahversorgung mit regionalen Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs über eine eigene Onlineplattform gestartet. Nicht nur die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum wurde gestärkt, sondern die Anlieferstätten der Waren haben sich auch als analoge Kommunikationsorte und neue soziale Treffpunkte etabliert. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden dabei von ehrenamtlichen Dorfcoaches im Umgang mit der Plattform und digitalen Endgeräten geschult.

Aus Sicht der Arbeitskammer sollte die Landesregierung die Etablierung eines saarlandweiten Smart-City-Ökosystems unter den im Artikel genannten Gestaltungsanforderungen anstreben, damit nutzbringende und gute digitale Technologien für die Bürgerinnen und Bürger in die Breite getragen werden. Grundlage muss die Etablierung digitaler Gemeingüter auf Basis von Open Source und Freier Software sein (siehe Punkt *Gestaltungsanforderung an die Smart City*). Eine Veröffentlichung der Initiative Public Money Public Code zeigt die unzähligen Vorteile, die Open Source zur Modernisierung öffentlicher Infrastrukturen beitragen kann.²³ Open Source sollte daher zur Bedingung öffentlicher Ausschreibungen für die Kommunen und Landesverwaltungsstellen im Zusammenhang mit digitalen Technologien gemacht werden. Die Landesregierung sollte die Kommunen zudem durch ein breites Monitoring bereits etablierter Smart-City-Lösungen unterstützen, auch über die saarländischen Landesgrenzen



Foto: Adobe Stock / Gundolf Renze

„Smart Cities“ und „Smart Villages“ können nur etabliert werden, wenn für alle ein schnelle Internetverbindung zur Verfügung steht.

hinaus. Denn oftmals existieren bereits gute Lösungen und das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Besonders die Aktivitäten des Landkreises St. Wendel haben aus Sicht der Arbeitskammer große Potenziale, die Lebensqualität im ländlichen Raum zu steigern und die Digitalisierung zu einem greifbaren Mehrwert für breite Bevölkerungsteile werden zu lassen. Die Landesregierung sollte dieses Momentum nicht verpassen und die Aktivitäten durch flankierende Maßnahmen begleiten, damit erfolgsversprechende Projekte durch kommunale Kollaborationen auch in andere Teile des Saarlandes getragen werden.

Allerdings steht der Digitalisierung des Landes laut Deutschem Landkreistag immer noch eine unzurei-

chende oder gar fehlende Breitbandversorgung im Weg.²⁴ Obwohl der Breitbandausbau im Saarland in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, gibt es noch immer ein bedeutendes Stadt-Land-Gefälle. Gerade bei den höheren Bandbreiten macht sich diese Ungleichheit bemerkbar, wie das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in ihrem Breitbandatlas berichtet.²⁵ Hier muss von der Landesregierung stärker gegengesteuert werden, damit diese Schere im Saarland geschlossen wird und Chancen sowie Teilhabemöglichkeiten der Digitalisierung über die Regionen hinweg gleich verteilt sind.

Frederik Moser ist Referent für Unternehmenspolitik und Betriebswirtschaft.

ANMERKUNGEN |

- 1) Deutscher Landkreistag: Der digitale Landkreis. Herausforderungen – Strategien – Gute Beispiele. Schriften des Landkreistages Band 136, Berlin 2018.
- 2) Bauriedl, S.; Strüver, A. (Hg.): Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten, Bielefeld 2018.
- 3) Schipper, S.: Von der unternehmerischen Stadt zum Recht auf Stadt. In: Emanzipation 3 (2), S. 21-34.
- 4) Saarbrücker Zeitung: Smart City Projekt in St. Wendel startet, 23. Juni 2021. https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/st-wendel/digitalisierung-smart-city-modellprojekt-startet-heute-in-st-wendel_aid-59859449.
- 5) Hammer, K.; Prenner, P.: Smart City. AK Policy Paper, hg. von Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 2016.
- 6) Frost & Sullivan: Smart Cities. Frost & Sullivan Value Proposition, 2020.
- 7) Arthur D. Little: Der Smart City Markt in Deutschland 2021 – 2026, Köln 2021.
- 8) Lobe A.: Wenn eine Stadt sich selber steuert, überwacht sie alle, die in ihr leben: Warum die Smart City das Ende der Demokratie bedeuten könnte, Neue Züricher Zeitung 26.01.2021. <https://www.nzz.ch/feuilleton/smart-city-eine-stadt-die-sich-selber-steuert-ueberwacht-alles-ld.1590874>.
- 9) Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Smart City Charta. Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten, Bonn 2017.
- 10) digitalcourage: Der BigBrotherAward in der Kategorie „PR & Marketing“ geht an das Konzept der „Smart City“! <https://bigbrotherawards.de/2018/pr-marketing-smart-city>.
- 11) DGB: Wir brauchen schnelles Internet – und zwar an jeder Milchkanne. <https://www.redenwirueber.de/informationen/meldungen/wir-brauchen-schnelles-internet-und-zwar-jeder-milchkanne>.
- 12) Woyke, Inka (Hrsg); Roth, Ines: Wirkung vom smart urban Services auf Arbeit und Beschäftigung, Stuttgart 2019.
- 13) Arbeitskammer des Saarlandes: Bericht an die Regierung des Saarlandes 2020, Saarbrücken 2020.
- 14) Hammer K., Prenner P.: Smart City. AK Policy Paper, hg. von Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 2016.
- 15) Free Software Foundation; Kompetenzzentrum Öffentliche IT: Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur mit Freier Software, Berlin 2020.
- 16) Kaiser, L.; Beckedahl, M.: Zur Diskussion: Sechs Anforderungen für Smart Cities, hg. von netzpolitik.org. <https://netzpolitik.org/2017/zur-diskussion-sechs-anforderungen-fuer-smart-cities/#ref4>
- 17) Krabina, B.: Ein Leitfaden für offene Daten, hg. von Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2020.
- 18) Datenethikkommission: Gutachten der Datenethikkommission, hg. von Bundesministerium des Inneren für Bau und Heimat, Berlin 2019.
- 19) Becker, T.: Smart verbunden mit Saarbrücken. <https://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Stadt.Land.Digital/Beitraege/WettbewerbStadtLandDigital/smart-verbunden-mit-saarbruecken.html>.
- 20) Tänzer, G.: Smart City Saarlouis. <https://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Stadt.Land.Digital/Beitraege/WettbewerbStadtLandDigital/smart-city-saarlouis.html>
- 21) Landkreis St. Wendel: S(mar)t. Wendeler Land. <https://www.landkreis-st-wendel.de/der-landkreis/unser-landkreis/smart-wendeler-land>.
- 22) Smart Village Landkreis St. Wendel: <https://smartvillage-wnd.de/>
- 23) Free Software Foundation; Kompetenzzentrum Öffentliche IT: Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur mit Freier Software, Berlin 2020.
- 24) Deutscher Landkreistag: Der digitale Landkreis. Schriften des Deutschen Landkreistages Band 135, Berlin 2018.
- 25) Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Bericht zum Breitbandatlas, Berlin 2020.

IMPRESSUM |

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; Kontakt: Telefon 0681 4005-430, E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de; Herausgeber: Jörg Caspar, Thomas Otto (V.i.S.d.P.); Redaktion: Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Wulf Wein. – Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet die Redaktion überwiegend auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Alle Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beide Geschlechter.